

"Einspruch" - Eine Würdigung der Kritik an den Schulreformen

Nachdem seit langem vornehmlich Vertreter aus rechtskonservativen Kreisen die grundlegenden Veränderungen im Schweizerischen Schulsystem beklagten, melden sich nun auch vermehrt Stimmen aus dem progressiv-liberalen Lager zu Wort. Die namhaften Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung tun dies u.a. konzertiert in einem als "Einspruch" bezeichneten Manifest. Was dort, im Folgenden in Auszügen teilweise zusammengefasst und ergänzt, verlautbart wird, ist alarmierend.

Vom Zusammenhang zwischen Demokratie und Schule

Der Begriff Republik leitet sich ab vom lateinischen *res publica*, zu Deutsch öffentliche Sache. Im Gegensatz zur Monarchie ist beim aus der römischen Antike stammenden und zur Zeit der Aufklärung weiterentwickelten Herrschaftsmodell der Republik der Staat bzw. dessen Organisation Angelegenheit der Öffentlichkeit. Das republikanische Bildungsziel ist folglich darauf angelegt, "...jedem Bürger und jeder Bürgerin die Teilnahme zu ermöglichen an der in der Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzung über das, worauf es uns - bei der gemeinsamen Regelung unserer gemeinsamen Angelegenheiten - ankommen soll." (Anton Hügli)

Abgesehen von der Aufgabe, junge Menschen zu bilden, dient Schule also auch dem übergeordneten Zweck der Demokratiefähigkeit und dem damit verbundenen Differenzierungsvermögen. Der Aussage „Ausländer sind krimineller als Schweizer“ werden viele beipflichten. Bei differenzierter Betrachtung allerdings zeigt sich, dass der Vergleich so nicht statthaft ist. Der Kriminaltourismus hat beispielsweise nichts mit der ausländischen Wohnbevölkerung zu tun, und die Anzahl möglicher Delikte ist bei Ausländern grösser als bei Einheimischen, weil letztere nicht gegen das die Einreise, die Erwerbstätigkeit und den Aufenthalt regelnde Ausländergesetz verstossen können. Differenziertheit bedarf des Wissens und des Willens die Wahrheit zu ergründen. "Das ist die Aufgabe der Schule, die Urteilsfähigkeit zu vermitteln und an scheinbar demokratiefernen Gegenständen das Differenzieren zu üben." (Roland Reichenbach)

Um Kinder und Jugendliche zu differenzierendem und selbstständigem Denken anzuleiten, bedarf es differenzierender und selbstständig denkender Lehrkräfte mit einem gesunden Mass an kreativer Freiheit und Mitsprache. Die aktuelle Personalführungsstrategie an den Schulen zielt aber gegenwärtig genau in die entgegengesetzte Richtung. "Die Lehrer-Persönlichkeit wird schon in der Pädagogischen Hochschule systematisch in ihrer fundamentalen und ideologischen Ausrichtung auf unbedingten Gehorsam und Befehlsempfang optimiert." (Fritz Tschudi, Südostschweiz, 10.2.16) Die neuerliche Weisungsbefugnis der Schulleitungen greift bei Unterrichts- und Arbeitsmethoden, Weiterbildungen, Schulprojekten, Stundenplangestaltung, Schulentwicklung u.a. Lehrkräfte sind auf diesem Hintergrund substantieller Mitsprache beraubt. Christina Rothen meint in der WOZ vom 28.1. dazu: "Es ist widersprüchlich, die Lehrerausbildung professionalisieren zu wollen und gleichzeitig eine neue Hierarchiestufe einzuführen, die die Selbstbestimmung der Lehrerinnen und Lehrer untergräbt. (...) Ich denke, dass sich als Folge dieser Entwicklung auch andere Leute für den Lehrerberuf entscheiden als früher. Solche, die sich in Hierarchien wohlfühlen." Diese werden unseren Nachwuchs aber nicht zur Demokratiefähigkeit und Selbstbestimmung anleiten, sondern zur Obrigkeitsgläubigkeit und Fremdbestimmung. Wohin das führt, zeigt der Blick zurück ins letzte Jahrhundert oder Richtung Osten.

Vom Dienst an der Demokratie zum Dienst an der Wirtschaft

Als Friedrich der Grosse von Preussen die allgemeine Schulpflicht einführte, tat er dies mit Blick auf seine Armee, wo er Soldaten brauchte, die seine Befehle schreiben und lesen bzw. die Geschossbahnen seiner Kanonen berechnen konnten. Als Vertreter des Merkantilismus, der damaligen Wirtschaftsdoktrin, zielte er mit der allgemeinen Schulpflicht aber auch auf die Förderung der preussischen Wirtschaft, die gut ausgebildeter Fachkräfte bedurfte, freilich innerhalb durch Zollschränken geschützter Reichsgrenzen.

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung allerdings verschwinden kurzfristig Zollschränken, mittelfristig Grenzen und langfristig Staaten. Es dreht sich zunehmend alles um die globale Wirtschaft, die ihren Tribut in der Folge auch von der Schule fordert. Neuerdings soll diese nämlich kein klassisches Wissen, sondern auf dem globalen Markt gefragte Kompetenzen vermitteln, um die Arbeitsmarktfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu optimieren. Die Schule als Zulieferin für die Wirt-

schaft bedarf dann konsequenterweise der Steuerung nach ökonomischer Vorgabe, was durch Prüf- und Messbarkeit der Kompetenzen auf Grundlage des Lehrplans 21 gewährleistet werden soll, denn bei diesem *"steht die Kontrolle des Unterrichtsgeschehens im Vordergrund."* (Walter Herzog)

Mit seinen rund 2'300 Kompetenzen will der Lehrplan 21 als Steuerungsinstrument festlegen, welches Kompetenzniveau zu welchem Zeitpunkt der obligatorischen Schulzeit erwartet wird, wie die einzelnen Kompetenzen aufgebaut und von den Schülerinnen und Schülern erworben werden sollen. Unabhängig von situationsbedingten Notwendigkeiten schreibt er somit den Lehrkräften vor, was sie wie und wann zu unterrichten haben und missachtet damit deren Methodenfreiheit, was einer Deprofessionalisierung des Lehrberufs gleichkommt. Früher hätte man von einem mechanistischen Menschenbild gesprochen: Kinder als Maschinen, die lediglich der richtigen Befehle bedürfen, um zu funktionieren; *"Statt einem Lehrplan als Verständigungsinstrument zwischen demokratischer Öffentlichkeit und Schule stehen wir einem Lehrplan als Kontrollorgan gegenüber, das bis auf die Ebene des Schülerlernens in den Unterricht eingreift und die Illusion erzeugt, das Schulsystem lasse sich wie eine Zentralheizung regulieren."* (Walter Herzog) Interaktion und Menschliche Aspekte zwischen Lernenden und Lehrenden bleiben aussen vor, obwohl gerade sie über schulischen Erfolg und Misserfolg entscheiden. *"Am wirksamsten ist (...) das, was im Unterricht zwischen Lehrern und Schülern passiert."* (John Hattie, Spiegel Online, 22.4.13)

"Legitimiert wird dies alles... unter Berufung auf eine Scheingerechtigkeit, die... schweizweit für gleiche Prüfungsergebnisse gleiche Noten verspricht und für gleiche Noten gleiche Lebenschancen..." (Anton Hügli) Insofern ist es nicht paradox, dass ausgerechnet die Linke, die politische Kraft mit der grössten Skepsis dem Kapital gegenüber, die Ökonomisierung der Schule befürwortet. Wer den ideologischen Schleier ablegt, erkennt jedoch, dass es Chancengleichheit nur gibt, wenn alle Menschen gleich sind, und selbst dann nur unter gleichen Bedingungen.

Von der Anpassung der Schule an die Gesetzmässigkeiten der Wirtschaft

Schule war schon immer ein Spiegel der Gesellschaft. Zur Zeit der totalitären Gesellschaftsmodelle des letzten Jahrhunderts war sie autoritär, die 68er machten sie antiautoritär, mit dem Eintritt der Frauen in die Arbeitsmärkte wurde sie femininer und mit der gesellschaftlichen Ökonomisierung übernimmt sie die Charakteristika der Wirtschaft: a) Hierarchien und Mitspracheabsenz; b) Aufsichtsdefizit; c) Wettbewerb; d) Selektion durch die Auslese der Besten; e) Kommerzialisierung; f) Eigendynamik durch Angebot und Nachfrage.

a) Hierarchien und Mitspracheabsenz: CEOs geben Strategien und Ziele vor und reichen diese weiter an Abteilungsleitungen. Hier entstehen Weisungen, welche Handlungsbevollmächtigte an die Angestellten übermitteln, die sie schlussendlich ausführen. Der Spitze dieser privatwirtschaftlichen Kaskade entspricht im Schulbereich die *"nirgends im Verfassungsaufbau vorgesehene..."* (Beat Kappler) Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Sie beschliesst als strategische Ziele u.a. die Ausrichtung der Schule nach ökonomischen Bedürfnissen und somit die Kompetenzorientierung, regelmässige Vergleichstests, die Deprofessionalisierung der Lehrkräfte und eine neue Fremdsprachendidaktik, Reformen also, die vom Volk nie gutgeheissen wurden, es hat diesbezüglich bisher keine Mitsprache. Es legitimierte in der Volksabstimmung von 2005 lediglich eine Vereinfachung der Schulübertritte bei einem Kantonswechsel, die Harmonisierung der Dauer der obligatorischen Schulzeit und verschiedener Bildungsstufen und des Fremdsprachenunterrichts, gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und gleiche Übergänge im Bildungssystem. Die Reformvorgaben gehen von der EDK an die Kantonalen Schuladministrationen über deren Direktorien, welche sie in Form von Verordnungen an die Schulleitungen weitergeben. Diese wiederum formulieren daraus kraft ihrer neuerlichen Weisungsbefugnis Weisungen an die Lehrkräfte, welche sie umsetzen.

b) Aufsichtsdefizit: Dass privatwirtschaftliche Aufsichtsgremien wie Verwaltungsräte vor allem kosmetischen Charakter haben, wissen wir spätestens seit der Immobilien- und Finanzkrise von 2008, aber auch die Swissair lässt grüssen. Wäre die Aufsicht mehr als Kosmetik, hätte es jene Crashes nicht gegeben. Auch im Schulbereich ist die demokratisch legitimierte Aufsicht mittlerweile symbolisch. Sie hat im Wesentlichen durchzuwinken, was von der EDK und den kantonalen Bildungsdirektorien beschlossen wird. Ansonsten wurden Schulräte beispielsweise im neuen basellandschaftlichen Schulgesetz ausserhalb der offiziellen Schulbesuchstage sogar aus den Klassenzimmern verbannt.

c) Wettbewerb: Für diesen sorgen im Schulbereich die systematisierten Vergleichstests. Denn der Sinn dieser Tests besteht darin, *"...Schulklassen, Schulen, Kantone und Länder laufend vergleichen und sie durch Rankings einem permanenten Wettbewerb aussetzen zu können.* Es wird somit ein

künstlicher Markt erzeugt (...), der gemäss ökonomischer Theorie der Motor für Schulentwicklung sein sollte; Pädagogik degeneriert hierbei zur Quantité négligeable." (Beat Kissling)

d) Selektion durch die Auslese der Besten: Im Rahmen des so genannten selbst organisierten Lernens in Lernlandschaften sitzen Kinder sich selbst überlassen an ihrem Arbeitsplatz und arbeiten in Eigenregie Aufträge ab. Somit müssen sie als Architekt des eigenen Erfolgs die alleinige Verantwortung für ihr schulisches Vorankommen übernehmen. Unterrichtserfahrene wissen, dass unter solchen Bedingungen die Leistungsschere zwischen den Kindern massiv aufgeht. Wo Lehrkräfte dieses Konzept umsetzen, "...und somit die Kinder ihrem Schicksal überlassen, verkommt die Volksschule zwangsläufig zu einem Terrain reiner Selektion, auf dem lediglich die sehr viften, von zuhause aus gut geförderten Kinder zurechtkommen." (Beat Kissling) Nur eine extrem kleine Minderheit derjenigen, die sich auf dem zweiten Bildungsweg mittels eines Fernkurses auf die eidgenössische Matura vorbereiten, schliessen erfolgreich ab. Die allermeisten schaffen es nicht einmal bis zu den Prüfungen, sie springen aus Mangel an Selbstdisziplin vorher ab. Selbstorganisiertes Lernen verlangt von Kindern folglich, wozu Erwachsene nicht fähig sind. Abgesehen davon widerspricht es John Hatties Metastudie, an der immerhin 260 Millionen Lernende teilnahmen. Eines seiner Fazite: "Das, worauf es ankommt, spielt sich nämlich im Unterricht ab, im Klassenraum, wo sich Lehrer und Schüler begegnen." (John Hattie, Zeit Online, 2.5.13)

e) Kommerzialisierung: Rund ums Klassenzimmer entstanden in den letzten Jahren vier neue Wirtschaftszweige, die auf dem Rücken der öffentlichen Schulen und zu deren Nachteil ihre Geschäfte betreiben. Da ist die so genannte Bildungswissenschaft, die an Fachhochschulen im Halbjahresrhythmus "neue" Unterrichtsmethoden, Schulkonzepte und Strukturen ausbrütet. Damit verbunden sind hoch dotierte Professuren, Assistenzen, Doktorate, Studienlehrgänge usw. Die Schuladministration als nächster Akteur verarbeitet die erwähnten "Forschungsergebnisse" zu Schulreformen, wozu sie u.a. personalintensive und kostspielige Arbeits- und Projektgruppen, Koordinations- und Stabsstellen schafft. Auf der Grundlage dieser im Wesentlichen immer wieder von neuem erfundenen alten Schläuche entwickelt die Verlagsindustrie neue und zunehmend teurer werdende Unterrichtsmaterialien, die vermehrt in den Schränken der Schulzimmer gebunkert werden, aber nicht zur Anwendung kommen wegen fehlender Praxistauglichkeit. Als letzter Wirtschaftszweig agiert die Fortbildungsindustrie, die den Schulen ihre obligatorischen Weiterbildungskurse für die erwähnten Methoden, Konzepte und Schulbücher verkauft. Reformen als lukratives Geschäftsmodell auf dem Buckel der öffentlichen Schule.

f) Eigendynamik: So wie Märkte aufgrund von Nachfrage und Angebot eine Eigendynamik entwickeln, geschieht dies auch im Bildungsbereich, angefeuert durch die oben beschriebenen Wirtschaftszweige der Reformindustrie, aber auch von Politikern, Beamten und Schulleitungen, die grosszügig Geld ausgeben, das sie nicht selbst verdient haben. Da alle an einer Reform Beteiligten ein persönliches Interesse am Fortbestand ihrer geschaffenen Stellen und Erwerbsmöglichkeiten haben, werden unmittelbar nach getaner Arbeit neue Reformen ausgedacht und umgesetzt. Dies ist mittlerweile ein sich unaufhörlich drehendes Rad und es dreht sich stets schneller, verbunden einerseits mit einer Kostenexplosion im Bildungsbereich der Fachhochschulen, Unterrichtsmaterialien, Weiterbildung und Administration und andererseits verbunden mit Sparübungen an der Basis der Schulen.

Vom Explodieren der Kosten

(Folgendes Zahlenmaterial basiert u.a. auf einem Artikel von Philipp Gut und Peter Keller in der Weltwoche 5/2016). Zwischen 1990 und 2013 stiegen die schweizweiten Bildungsausgaben um über 100%. Ab 2008 nahmen die Ausgaben für die Bildung etwa doppelt so schnell zu wie die gesamten öffentlichen Ausgaben. Die Kosten für die obligatorische Schulzeit stiegen ab 2000 innerhalb von 13 Jahren um über 40%. Im Bereich Sonderschulen stiegen die Ausgaben im gleichen Zeitraum um über 100%. Die Hochschulen legen mit einem Zuwachs von 65% zu.

Das integrative Schulmodell gibt vor, behinderte, lernschwache, fremdsprachige, verhaltensauffällige Kinder in Regelklassen zu integrieren. Für die Schulen bedeutet dies zusätzliche Fachkräfte wie Schulsozialarbeiter, Psychologinnen, Heilpädagogen usw. Was ursprünglich im ideologischen Mäntelchen der Chancengleichheit daher kam, war von Anfang an als Kostensenkungsmassnahme gedacht. Die Kosten allerdings verdoppelten sich von 2000 bis 2013.

Die auf ein in der Praxis nicht zu verwirklichendes Sprachbad aufbauende Fremdsprachendidaktik Passepartout kostet den Kanton Basel-Land bisher mindestens 12.5 Millionen, in Bern sind es aktuell 60 Millionen. Das neue Französischlehrmittel kostet 11mal mehr als dessen Vorgänger. Für die Bil-

dungsharmonisierung sprach Basel-Land bisher 65 Millionen, weitere werden folgen. Der neue Campus der FHNW in Muttens wurde mit 300 Millionen veranschlagt.

Bezeichnenderweise wuchsen die Ausgaben für die berufliche Grundbildung seit 2000 um nur 22,2 Prozent und diejenigen für die höhere Berufsbildung um lediglich 3,1 Prozent. Diese wesentlich bescheideneren Kostensteigerungen erklären sich mit der Mitorganisation und Mitfinanzierung der Ausbildung durch die Berufsverbände. Vor allem aber bleibt die Berufsbildung vom kostentreibenden Reformzirkus, wie ihn die obligatorische Schule erlebt, mehr oder minder verschont. "Der Reformeifer ist der Kostentreiber Nummer eins." (Philipp Gut und Peter Keller)

Vom Sparen an der Basis

(Folgende Ausführungen basieren teilweise auf dem Antwortschreiben von Michael Weiss an Stefan Wolter vom 25.1.) Die Löhne der Lehrkräfte stagnieren nicht seit Jahrzehnten, sie sinken kontinuierlich. So wurde dem Lehrpersonal in Basel-Land seit rund zwei Jahrzehnten kein Teuerungsausgleich mehr gewährt. Dafür müssen sie seit drei Jahren zu gleichem Lohn eine zusätzliche Lektion unterrichten und ab 1. Januar dieses Jahres verdienen sie zusätzlich 1% weniger. Dies ergibt über die letzten 20 Jahre eine Lohnreduktion von ca. 25-30% bei stetig wachsenden Aufgaben.

Das Materialbudget pro Schüler und Schuljahr in einer Primarschule beträgt etwa 10 Franken. Schwimmunterricht wird mancherorts aufgrund verschärfter Vorschriften nur noch durchgeführt, wenn Eltern die Lehrperson unentgeltlich begleiten.

In diverse basellandschaftliche Schulräumlichkeiten wie Turnhallen und Werkräume regnet es rein. Vor etwa drei Jahren begrub das Fensterglas einer Turnhalle eine Lehrkraft unter sich. Die Fenster sind bis heute nur mit Netzen gesichert, nicht aber saniert. Im sanierten Trakt B der Sekundarschule Pratteln wurden Lernlandschaften installiert, im Trakt A dagegen sind nicht einmal mehr die sanitären Anlagen benutzbar. An der Sekundarschule Frenkendorf sind Turnhallen nach 70 Jahren ohne Sanierung teilweise in prekärem Zustand. Im Hauptgebäude sind praktisch alle Storenkästen von Nistvögeln bevölkert. Andernorts findet wegen mangelnder Isolation Unterricht im Sommer bei 40 Grad statt bzw. bei 15 Grad im Winter. Im Krankheitsfall werden Lehrpersonen beauftragt, zwei Klassen in zwei Schulzimmern gleichzeitig zu beaufsichtigen. Es wurde erwogen, Unterrichtsstellvertreterinnen und -vertreter erst ab der dritten Lektion zu besolden usw.

Von Politikerinnen, Kaufleuten und Lehrern...

Der Politiker bemüht sich um Stimmenmaximierung zwecks Wiederwahl. Er tut dies, indem er sich der Öffentlichkeit mit grossartigen Projekten präsentiert. Es ist demnach nicht auszuschliessen, dass in Basel demnächst ein öffentlicher Platz, eine Brücke oder Strasse nach dem aktuellen Präsidenten der EDK benannt wird. Ein Christoph Eymann-Gässchen wäre doch eine Überlegung wert. Und in Basel-Land biegen wir ja vielleicht schon bald von einem einsamen Nebensträsschen in einen Urs Wüthrich-Werkhof.

Die Kauffrau ist im Wesentlichen um Gewinnmaximierung bemüht. Diese ist ihr persönlicher Leistungsausweis, mit dem sie ihr Geschäft in die Zukunft führt.

Der Lehrer... Stimmen muss er nicht maximieren, denn er wird ja nicht gewählt, und Gewinn muss er auch keinen generieren. Was lässt sich bei ihm also zählen? Konvente, Arbeitsgruppen, Fachschaften, Teamsitzungen, Projekte und vieles mehr. Man nennt dies, nicht durch Lehrkräfte befeuert, Aufwandsmaximierung.

...Vom Wesentlichen des Lehrberufs

Seit Johann Heinrich Pestalozzi ist die positive menschliche Beziehung zwischen Lernenden und Lehrenden, die Frequenz auf der Stoff vermittelt und empfangen wird. Abgesehen davon muss die Lehrkraft Freude am Beruf haben und über ein fundiertes Fachwissen verfügen. That's it! Und so wird es bleiben, Computerisierung hin, Individualisierung her. "Nicht das Lernen oder die Bedürfnisse der Lernenden ändern sich, sondern die medialen Angebote durch kommerzielle Anbieter. Noch jede neue Medientechnik wurde für die „moderne Art des Lernens“ in Anspruch genommen, ohne diesen Anspruch je erfüllen zu können." (Ralf Lankau, Die Zeit, 28.1.16) Das Sprachlabor lässt grüssen.

Was unbedingt gestoppt werden muss, ist die Reformindustrie auf Grundlage der kommerziellen Verquickung von Professoren an Fachhochschulen, eifrigen Politikern mit Profilierungsbedürfnis und fin-

digen Kaufleuten. Unterbrechen wir diesen Kreislauf nicht, bleiben unsere Kinder auf der Strecke. Die Kommerzialisierung des Schulbetriebs ist eine sichere Anleitung dafür, wie man die Volksschule an die Wand fährt. Der erste Schritt, dies zu verhindern, ist die Abkehr von HarmoS und dem Lehrplan 21. Beide ebnen den Weg für eine Privatisierung der Bildung nach amerikanischem Vorbild der Zweiklassengesellschaft: gute Privatschulen für die Privilegierten, darbenende Staatsschulen für den Rest. Ökonomie in Ehren; sie ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Die Kommerzialisierung der Schule allerdings zerstört einen anderen: unsere Demokratie.